

**STADT KARLSRUHE**  
**Stadtamt Durlach**

**Niederschrift Nr. 05/2014**

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach  
am: Mittwoch, 12.11.2014  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:30 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Rathaus, Bürgersaal.

-----  
Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 19

Es waren anwesend:

**CDU:** OR Henkel, OR Kehrlé, OR Böhler-Friess, OR Mächtlinger,  
OR Müller, OR Scheuermann

**B 90/Die Grünen:** OR Pötzsche, OR Dr. Puzicha-Martz, OR Maier,  
OR Özcay, OR Dr. Wagner, OR Köster

**SPD:** OR Dr. Rausch, OR Volz, OR Holstein, OR Köster

**FDP:** OR Dr. Fink-Sontag, OR Malisius

**FW:** OR Stutz

**Es fehlten:**

**a) entschuldigt:** OR Griener (CDU), OR Pfalzgraf (SPD), OR Wenzel (FW)

**b) nicht entschuldigt:** -

**Schriftführerin:**

Sonja Doll (StADu)

**Sonstige Verhandlungsteilnehmer:** Frau Scheuerer, (SuS), Herr Dr. Weiße  
(OA), Herr Hillengaß (Jobcenter Durlach), Frau Bertsch (Jobcenter Durlach),  
Herr Rößler (StADu), Frau Doll (StADu)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 31.10.2014, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 07.11.2014 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekannt gegeben worden.

## 5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15.10.2014

### Protokoll zu

### „Vorstellung der Vorsitzenden der Bürgergemeinschaft Untermühl- und Dornwaldsiedlung“

---

**Die Vorsitzende** (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden.

**Die Vorsitzende** fragt vor Eintritt in die Tagesordnung die Mitglieder des Ortschaftsrates, ob sie damit einverstanden sind, wenn sie TOP 3 nach TOP 1 behandeln würde, da dann Frau Scheuerer vom Schul- und Sportamt die evtl. auftretenden Fragen beantworten könnte. **Dies ist der Fall.**

Ebenfalls vor Eintritt in die Tagesordnung stellen sich Frau Haug (1. Vorsitzende der Bürgergemeinschaft Untermühl- und Dornwaldsiedlung) und Frau Parr (2. Vorsitzende der Untermühl- und Dornwaldsiedlung) vor.

**Frau Haug** bedankt sich für die Gelegenheit, sich heute hier vorstellen zu dürfen. Sie trägt folgende Wünsche vor:

- **Fahrradabstellplatz am Bahnhof Durlach**  
Der Fahrradabstellplatz ist mit einem Dach versehen (auf der Untermühlseite) und ist für den Bereich Bahnhof zu klein. Sie bittet deshalb um Erweiterung dieses Fahrradabstellplatzes, versehen mit einem Gerät, welches die Speichen nicht so schnell knicken lässt.
- **Entfernung der Notrufsäulen im gesamten Stadtgebiet**  
Die Bewohnerinnen und Bewohner der Untermühlsiedlung haben Angst, wenn sie bei Dunkelheit die Unterführung beim Bahnhof Durlach begehen müssen. Deshalb bittet sie, in diesem Bereich und an der KVV-Haltestelle Untermühlsiedlung/Dornwaldsiedlung z. B. eine Kamera zu installieren.
- **Bebauungsplan „dm-Bebauung“**  
Hier sah sich die Bürgergemeinschaft Untermühl- und Dornwaldsiedlung aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben. Diese übergibt sie nun der Vorsitzenden mit der Bitte, jeweils eine Kopie an die Ortschaftsratsfraktionen weiterzureichen.

**Frau Parr** bedankt sich beim Ortschaftsrat Durlach dafür, dass jetzt in der Johann-Strauß-straße Parkplätze gebaut werden. Diese Parkplätze sollen das Zuparken der unübersichtlichen Kurve verhindern.

**Die Vorsitzende** bedankt sich bei Frau Haug und Frau Parr und wünscht beiden viel Erfolg und viel Freude bei der Arbeit für die Bürgergemeinschaft Untermühl- und Dornwaldsiedlung.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der Durlacher Schulen**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende** tritt in die Tagesordnung ein und ruft

TOP 1:

Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der Durlacher Schulen. Sie begrüßt zu diesem TOP Frau Scheuerer vom Schul- und Sportamt.

**Frau Scheuerer (SuS)** berichtet: siehe Anlage.

**- K l o p f b e i f a l l -**

**Die Vorsitzende** bedankt sich und eröffnet die Fragerunde.

**OR Stutz (FW)** fragt, was baulich mit der Schlossschule passiert. Sie vermutet, dass der Neubau viele städtebauliche Aspekte beinhalten werde. Sie entnahm dem Vortrag von Frau Scheuerer, dass hier das Kultusministerium nach dem Raumprogramm entsprechend entscheiden wird. Sie fragt deshalb, inwiefern die Karlsruher Politik hier mit ein gebunden ist, vor allem aber das Stadtplanungsamt.

**Frau Scheuerer (SuS)** sagt zu, diese Wortmeldung gerne mitzunehmen. Es sei aber eine Selbstverständlichkeit, dass man hier von einer Schule an einem Standort spricht, der städtebaulich eine exponierte Lage hat und deshalb die gemeinderätlichen Gremien, auch der Ortschaftsrat, mit eingebunden werden.

**Die Vorsitzende** führt aus, dass man hier im Gremium sich einig war, dass die Schlossschule baulich und raumtechnisch so ausgestattet werden muss, dass sie in einen guten Schulbetrieb gehen kann, aber auch die städtebaulichen Gesichtspunkte hier eine sehr große Rolle spielen.

**OR Dr. Wagner (B 90/Die Grünen)** bedankt sich bei Frau Scheuerer für den guten Überblick. Allerdings habe ihn eine Bemerkung irritiert. Frau Scheuerer hat die hohe Übergangsquote von der Schlossschule auf das Gymnasium mit 66 % kommentiert mit den Worten, dass dies etwas mit der Qualität der Schule zu tun habe. Er fände schlecht, wenn dies beim Schul- und Sportamt ein Kriterium wäre. Dies sei ein völlig falsches Signal. Er wagt deshalb die Prognose, dass die unterschiedlichen Übergangsquoten mit den unterschiedlichen Einzugsgebieten von Schulen zu tun haben, aber nicht zentral mit der einzelnen Schule.

**Frau Scheuerer (SuS)** führt aus, dass diese Aussage von ihr nicht gut formuliert war. Selbstverständlich könne es keine Basis sein, Qualitätskriterien oder gar Rangfolgen oder Prioritäten bei Schulen oder Schularten zu schaffen, indem man die Übergangsquoten

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014****Protokoll zu****TOP 1: Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der Durlacher Schulen****Blatt 2**

---

von der vierten Klasse auf die weiterführende Schule betrachtet und dann sagt, wer liegt im Trend, wer liegt unterdurchschnittlich und wer liegt überdurchschnittlich. Es sind 8 % mehr als im Kernbereich. Dies ist aber eine Grundlage dafür, dass an der Schule sehr gute Arbeit geleistet wird. Es gibt aber noch ganz andere Faktoren, wie z. B. Erreichbarkeit, Einzugsbereich etc. Sie betont abschließend, dass dies für das Schul- und Sportamt, das Staatl. Schulamt oder Regierungspräsidium überhaupt kein Anhaltspunkt ist, beim einen oder anderen, der unterhalb dieser 58 stadtweiten Prozente liegt, nachzufragen, wo die Erfolgsgarantien dafür sind.

**OR Pötzsche (B 90/Die Grünen)** bedankt sich für den Bericht und die Klarstellung der irritierenden Bemerkung, wobei er davon ausgeht, dass auch die anderen Schulleiter mit ihrem Kollegium hervorragende Arbeit leisten und dies auch entsprechend gewürdigt wissen.

Er spricht die Ausführung im Bericht, dass die Schule am Turmberg stabile Schülerzahlen hat, an. In diesem Zusammenhang fragt er, wie allgemein das Thema „Inklusion an den Durlacher Schulen“ zu betrachten ist. Und was folgt daraus an baulichen Maßnahmen an den Schulen in Durlach?

Weiter fragt er, ob die Konrektorenstelle an der Schlossschule zwischenzeitlich wieder besetzt ist.

Abschließend spricht er die Ausführung im Bericht, das Markgrafengymnasium hat sich noch nicht mit der Frage des Übergangs des Ganztagsbetriebs in den gesetzlichen Rahmen beschäftigt, an. Hierzu fragt er, was das Markgrafengymnasium für Vorteile hätte, wenn es sich dafür entscheiden würde.

**Frau Scheuerer (SuS):** Alle Förderschulen im Stadtgebiet haben „stabile“ Zahlen. Tendenzen zur Inklusion, speziell in Durlach: Wir haben das eine oder andere benachteiligte, als sogenanntes inklusiv beschultes Kind an der Pestalozzischule. Es gibt 7 oder 8 Kinder im Grundschulbereich an der Schlossschule mit verschiedenartigen Benachteiligungen oder Behinderungen, die entsprechend kompensiert werden. An der Schlossschule sind dies bislang im baulichen Bereich Maßnahmen zur Akustik. Beim Markgrafengymnasium wurden bereits in der Mittelstufe mehrere Klassenräume mit Akustikdecken eingerichtet. Benachteiligungen im Bereich Körperbehinderungen gibt es derzeit im Bereich Durlach nicht, was sich aber in jedem neuen Schuljahr ändern kann. Das Schul- und Sportamt steht bezüglich den Kindertagesstätten immer mit dem Staatl. Schulamt in Verbindung, weil die dortigen Kinder mit Benachteiligung selbstverständlich im Schulsystem in Klassenstufe 1 aufprallen und man da gewappnet sein möchte. Die Unterstützungen zum Thema Inklusion, was bauliche Dinge, was die Ausstattung angeht, sind so vielfältig, wie die Inklusionskinder auch sind.

Weiter führt sie aus, dass es in den Regelschulen in großer Anzahl auch autistische Kinder gibt. Auch dafür sind differenziertere und kleinere Räume für Rückzugsmöglichkei-

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der Durlacher Schulen**

**Blatt 3**

---

ten vorzuhalten und einzurichten. Tendenzen zur Inklusion: zum laufenden Schuljahr etwas stagnierende Zahlen in den Regelschulen, sowohl in Klassenstufe 1 wie auch Quereinsteiger in den höheren Klassenstufen. Man bewege sich derzeit bei einer Kinderzahl für inklusive Beschulung von ca. 55. Immer schwierig sind Statistiken und die Auswertung hierzu, weil man festgestellt habe, dass man als Schul- und Sportamt die inklusive Beschulung anders klassifizieren und behandeln müsse, wie es z. B. das Staatl. Schulamt tut. Dieses habe mittlerweile für die Autisten die Regel herausgegeben, dass es Regelkinder sind und nicht mehr inklusiv beschulte Kinder. Dies sei eine sprachlich andere Behandlung, fällt aber dann auch dadurch auf, dass Autisten in der Statistik des Staatl. Schulamtes nicht mehr unter den Inklusionskindern zu finden sind.

Zur Frage Markgrafengymnasium: Das Markgrafengymnasium erhält ein weiteres zusätzliches Budget vom Schul- und Sportamt und einen pauschalen Zuschlag von 11.000 €, mit welchem der Schulleiter diverse Aktivitäten im Ganztagsbereich anbieten kann.

**Herr Springer (Rektor der Schlossschule)** führt aus, dass die Konrektorenstelle seit letzter Woche ausgeschrieben sei mit einer vierwöchigen Bewerbungsfrist. Im Moment liegen zwei Bewerbungen vor.

**Die Vorsitzende** stellt keine weiteren Fragen fest. Sie schließt TOP 1.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Anträge auf Einrichtung neuer Ganztagsgrundschulen und auf Umstellung bestehender Ganztagsgrundschulen auf das neue Schulgesetz zum Schuljahr 2015/16 sowie auf Erweiterung der Zügigkeit des Ganztagsbetriebs zum Schuljahr 2014/15**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende** (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 3 auf und begrüßt auch hierzu Frau Scheuerer vom Schul- und Sportamt. Ebenso begrüßt sie Herrn Kühn, Rektor der Pestalozzischule. Es freut sie, dass sowohl Herr Kühn als auch Herr Springer Interesse an den Beratungen im Ortschaftsrat haben, wenn es um ihre Schulen geht.

**OR Henkel (CDU)** führt aus, dass die Verwaltung davon spreche, dass mit dem Ausbau der Ganztagesgrundschule die Erhöhung der Springerstellen erhöht wird und vor allen Dingen aber auch davon, dass das Erzieherpersonal mit 1,3 Vollzeitstellen zu Buche schlagen soll.

Sie fragt, ob 1,3 Vollzeitstellen tatsächlich ausreichen und wie viele Stellen hier für Durlach abfallen?

Weiter hätte sie gerne eine detaillierte Ausführung zu den plus 12 Stunden im positiven Bereich für den Durlacher Bereich an Lehrerstellen.

**Frau Scheuerer (SuS):** Die umfängliche Vorlage für den Schulbeirat beinhaltet nicht nur die Pestalozzischule, sondern auch andere Schulen. Insofern ist die dem Ortschaftsrat vorliegende Vorlage zu TOP 3 eine auszugsweise Vorlage und ist etwas unstimmig, was die finanziellen Auswirkungen und die Stellenbeschreibungen angeht.

Sie erklärt zur Pestalozzischule, dass im alten Modell (IST-Zustand) es 2,52 Vollzeitwertstellen im Erzieherbereich gibt. Dies ist die Grundlage, 4 Gruppen mit 20 Kindern bis 17:30 Uhr.

Der Plan mit dem neuen Modell, der Profit, was die Pestalozzischule davon hat, dass man auf die neue schulgesetzliche Regelung umstellt, ist ein zusätzlicher Erzieherstellenanteil von 1,12. D. h. die Pestalozzischule kann künftig für die 4 Gruppen über 3,64 Erzieherstellen Vollzeit verfügen. Künftig wird über das Schul- und Sportamt an 7 Ferienwochen eine Ferienbetreuung angeboten. Die Planstellen für die Ferienbetreuung betrifft aber nicht das bisher Ausgeführte.

Das Sekretariat einer Ganztagsgrundschule erhält immer einen kleinen Zuschlag von 0,13.

**OR Dr. Puzicha-Martz (B 90/Die Grünen)** fragt, wie die Veränderung der Hortplatzsituation bei dem fortschreitenden Ausbau der Ganztagsgrundschulen aussieht.

**Frau Scheuerer (SuS):** Es kann definitiv nicht mehrere Betreuungsmodelle nebeneinander geben. Der Ausbau der Ganztagsgrundschulen wird voranschreiten und in der Rahmenkonzeption und in den Richtlinien, die sich die Stadt Karlsruhe im vergangenen Jahr gegeben hat, was die Ganztagsangebote für Schulkinder angeht, gibt es eine klare Aussage: Der Hort wird an den Standorten, an denen eine Grundschule in den Ganztagsbe-

5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014

Protokoll zu

TOP 3: Anträge auf Einrichtung neuer Ganztagsgrundschulen und auf Umstellung bestehender Ganztagsgrundschulen auf das neue Schulgesetz zum Schuljahr 2015/16 sowie auf Erweiterung der Zügigkeit des Ganztagsbetriebs zum Schuljahr 2014/15

Blatt 2

---

trieb startet, sukzessive auslaufen.

**Die Vorsitzende** stellt keine weiteren Fragen fest. Sie lässt deshalb über den **Beschluss:** *Der Ortschaftsratsrat Durlach empfiehlt dem Gemeinderat, nach Vorberatung im Schulbeirat, gemäß § 30 i. V. m. § 4 a des Schulgesetzes für Baden-Württemberg die Umstellung des Ganztagsbetriebs an der Pestalozzi-Grund- und Werkrealschule von der Schulversuchsbestimmung auf die gesetzliche Regelung gemäß Baden-Württemberg in Wahlform zum Schuljahr 2015/16 zu beschließen* abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Der Ortschaftsratsrat spricht sich einstimmig dafür aus.**

**Die Vorsitzende** bedankt sich bei Frau Scheuerer für ihren ausführlichen Bericht zu TOP 1 und für die Beantwortung der bei TOP 3 gestellten Fragen.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014****Protokoll zu****TOP 4: Erweiterung Sperrbezirk;  
Verkehrsrechtliche Maßnahmen**

Antrag der Fraktion Freie Wähler, eingegangen am 23.06.14

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende** (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bittet darum, TOP 4 vor TOP 2 behandeln zu dürfen, da Herr Dr. Weiße noch einen Anschlusstermin hat. **Die Mitglieder des Ortschaftsrates sowie die Vertreter des Jobcenters sind damit einverstanden.**

Sie ruft TOP 4 auf und begrüßt hierzu Herrn Dr. Weiße, den Leiter des Ordnungs- und Bürgeramtes. Sie weist darauf hin, dass dieses Thema im Ältestenrat umfänglicher besprochen wurde, wo Herr Dr. Weiße bereits zur Verfügung stand.

**Herr Dr. Weiße (OA):** Das Thema kommt nach einem Dreivierteljahr zu dem Punkt, wo man eine Entscheidung des Regierungspräsidiums erwartet. Das Thema wurde bereits Anfang Mai d. J. im Hauptausschuss des Karlsruher Gemeinderates behandelt und beschlossen, man möge über die Erweiterung der bestehenden Sperrbezirke mit dem Regierungspräsidium in Kontakt treten. Dies ist dann auch geschehen. Und am 26. Mai d. J. wurde auch ein Antrag auf Erweiterung der bestehenden Sperrbezirke an das Regierungspräsidium, welches hierfür zuständig ist, gerichtet und an diesen Antrag eine formale Begründung angehängt, aber gleichzeitig signalisiert, dass man gerne mal in den Austausch mit dem Regierungspräsidium kommen würde. Und dieser Austausch fand in drei Gesprächsrunden statt, wo man zunächst wissen wollte, wie das Regierungspräsidium die bestehende Rechtslage interpretiert und welche Voraussetzung das Regierungspräsidium an die Erweiterung der bestehenden Sperrbezirke richtet. Nachdem dies in der ersten Gesprächsrunde abgestimmt wurde, wies das Regierungspräsidium nochmals darauf hin, dass bei all den Gedanken, die es gibt, immer davon auszugehen ist, dass nach der Rechtsgrundlage zunächst einmal die Prostitution in einer Stadt mit der Größenordnung Karlsruhes, rechtmäßig ist. Und es besteht rechtlich keine Möglichkeit, die Prostitution insgesamt zu verbieten. Dies besteht nur bei Kommunen, die eine bestimmte Größenordnung nicht überschreiten. In Karlsruhe kann man dies allenfalls in bestimmten Stadtgebieten verbieten. Und dies ist erfolgt durch die Verordnung des Regierungspräsidiums, indem man in den 80er Jahren zwei Sperrbezirke eingerichtet hatte. Einen inneren, indem jegliche Form der Prostitution verboten, sowohl die Wohnungsprostitution als auch die Straßenprostitution. Dies betrifft den engsten innersten Kreis der Innenstadt Karlsruhe. Dann gibt es einen etwas erweiterten Sperrbezirk, indem nur die Straßenprostitution verboten, aber die Wohnungsprostitution zugelassen ist (von der Südtangente bis zur Moltkestraße und im Osten bis zum Ostring). Die Zielsetzung der Stadt Karlsruhe war – und dies war auch der Wunsch des Hauptausschusses – über einen dritten Sperrbezirk mit dem Regierungspräsidium nachzudenken. Einen dritten Sperrbezirk, der dann das restliche Stadtgebiet, einschließlich der Bergdörfer, umfassen würde. Und dieser sollte die Besonderheit haben, dass er an Uhrzeiten geknüpft ist. Dort sollte tagsüber die Prostitution nicht stattfinden, dafür aber nachts (von 22 bis 6 Uhr) zugelassen werden.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014****Protokoll zu****TOP 4: Erweiterung Sperrbezirk;  
Verkehrsrechtliche Maßnahmen**

Antrag der Fraktion Freie Wähler, eingegangen am 23.06.14

**Blatt 2**

---

Die Idee ist sehr charmant, weil sie das legale Interesse der Damen, die der Prostitution nachgehen, berücksichtigt und gleichzeitig die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner weitestgehend schützt, weil man ein Stück weit die Fußgänger-Verkehrsströme voneinander trennt (Schutz der Jugend oder den „öffentlichen Anstand“). Bei der zeitlichen Grenze hat man sich am Jugendschutzgesetz orientiert, aber auch mit den Vereinen diskutiert, die in der Jugendarbeit aktiv sind. Das Regierungspräsidium signalisierte letztendlich Bereitschaft, über diesen dritten Sperrbezirk in der jetzt beantragten Form, sehr wohlwollend eine Entscheidung zu treffen. Er geht davon aus, dass der Antrag die Zustimmung des Regierungspräsidiums finden wird. Die Stadt Karlsruhe geht davon aus, dass das Regierungspräsidium bis Ende des Jahres ein Urteil bilden wird, sodass mit Beginn des nächsten Jahres ein dritter Sperrbezirk ausgewiesen werden könnte, der die Prostitution insgesamt bis 22 Uhr verbietet.

**OR Stutz (FW)** führt aus, dass die Anwohner im Killisfeld sich tatsächlich zurückgehalten haben. Aber aktuell gibt es wieder Beschwerden, dass Jugendliche auf dem Nachhauseweg von Autofahrern belästigt wurden. Zufrieden werden die Anwohnerinnen und Anwohner mit dieser Entscheidung sicherlich nicht sein. Wenn die Situation nach der Ausweisung des dritten Sperrbezirk so bleibt wie bisher, müssen andere Maßnahmen, aber dann relativ schnell, in Angriff genommen werden.

**Die Vorsitzende:** Klar ist ja, dass die Situation für viele sehr unangenehm ist, gerade mit der Ansprache, den Verschmutzungen u. ä. Was Herr Dr. Weiße dargelegt hat, ist die Legalität dieses Gewerbes, die jetzt auf kommunaler Ebene nicht geändert werden kann. Und man sei jetzt darauf angewiesen, mit diesem ausgearbeiteten Vorschlag an den Start zu gehen und zu hoffen, dass sich in einigen Bereichen, insbesondere was den Kinder- und Jugendschutz anbelangt etwas ändert und es tatsächlich zu Verbesserungen kommt. Weitere Beobachtungen, sowohl vom Ordnungs- und Bürgeramt als auch vom Regierungspräsidium werden unumgänglich sein. Dies sei der jetzt einzige, rechtlich mögliche Schritt, den man gehen kann.

**OR Dr. Rausch (SPD)** führt aus, dass sich die SPD-Fraktion in diesem Thema deswegen immer zurückgehalten hat, weil man keine überzogenen politischen Forderungen stellen wollte, von denen man von vornherein weiß, dass sie sich nicht realisieren lassen. Wenn jetzt diese Regelung so kommt, wie von Dr. Weiße dargestellt, dann sehe man einen massiven Fortschritt gegenüber der jetzigen Situation. Und der Dank der SPD-Fraktion gilt insbesondere Herrn Dr. Weiße und denjenigen, die von Seiten der Stadt Karlsruhe mit dem Regierungspräsidium in Kontakt getreten sind, um diese Regelung zu ermöglichen. Selbstverständlich muss man die weitere Entwicklung beobachten und darauf

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Erweiterung Sperrbezirk;  
Verkehrsrechtliche Maßnahmen**

Antrag der Fraktion Freie Wähler, eingegangen am 23.06.14

**Blatt 3**

---

schauen, ob es eine Verdrängungswirkung gibt. Seiner Meinung nach hat in der Nähe von Wohngebieten keine Straßenprostitution stattzufinden. Aber gerade die Problematik, die mit den angesiedelten Sportvereinen und Passanten, die am frühen Abend noch unterwegs sind, scheint ihm behoben zu sein, wenn die Neuregelung eingehalten wird.

**OR Müller (CDU)** fragt, welche Strategie das Ordnungs- und Bürgeramt habe, wenn das Regierungspräsidium dem Antrag tatsächlich Folge leistet und/oder was wurde bisher auf den Weg gebracht, wie man das Ganze weiterhin begleiten möchte.

**Herr Dr. Weiße (OA):** Das Ordnungs- und Bürgeramt ist in engem Austausch mit der Vollzugspolizei, aber auch der Kommunale Ordnungsdienst hat sich dieses Themas schon lange angenommen. D. h. man ist bei den Damen sehr präsent und schaut, wie sich das Ganze entwickelt. Momentan hat man keine Erweiterung feststellen können. Es ist eher ein wenig rückläufig, was durchaus auch an den klimatischen Verhältnissen liegen könnte. Wenn das Regierungspräsidium diese Regelung akzeptieren und bestätigen und letztendlich auch die Verordnung ergänzen würde, hätte das Ordnungs- und Bürgeramt die Möglichkeit einzuschreiten, wenn die Prostitution schon vor 22 Uhr stattfinden würde.

**Die Vorsitzende** stellt keine weiteren Wortmeldungen mehr fest. Sie bedankt sich bei Herrn Dr. Weiße für seine Ausführungen.

**- K l o p f b e i f a l l -**

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014**

**Protokoll zu**

**TOP 2:           Abteilungsbericht Jobcenter**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende** (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 2 auf, begrüßt hierzu Herrn Hillengaß und Frau Bertsch und bedankt sich nochmals dafür, dass sie TOP 3 und 4 vorziehen durfte.

**Herr Hillengaß (Jobcenter)** stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Jahresbilanz 2013 des Jobcenters Stadt Karlsruhe, Standort Durlach, vor.

**- K l o p f b e i f a l l -**

**Die Vorsitzende** bedankt sich für den Vortrag und eröffnet die Fragerunde.

**OR Stutz (FW)** spricht die Integrationsquote von insgesamt 413 Integrationen an und die Verringerung der Langzeitkunden von 1177. Sie bittet um Erklärung hierzu.

**Herr Hillengaß (Jobcenter):** 413 Personen konnten vermittelt werden und zum Jahresende gab es den Wert von 1177.

**OR Scheuermann (CDU)** bittet um Erläuterung zur Senkung passiver Leistungen. Weiter spricht er das Projekt „Zweite Chance“ an, wo es 70 Personen gibt, aber „nur“ 14 Personen sich daran beteiligt haben.

**Herr Hillengaß (Jobcenter):** Das Jobcenter hat mehr Geld ausgegeben als im Vorjahr. D. h. hier ist eine positive Senkung dargestellt.  
Das Projekt „Zweite Chance“ läuft sehr erfolgreich, und hierzu gibt es auch ausreichend Mittel, um Berufsabschlüsse erzielen zu können. Man dürfe aber auch nicht vergessen, dass viele Personen nicht ohne Grund in der Betreuung sind und eine wirklich große Anzahl daran nicht teilnehmen kann.

**OR Malisius (FDP)** interessiert die Ziele für das Jahr 2015.

**Herr Hillengaß (Jobcenter):** Für das laufende Jahr hat man sich bereits viel vorgenommen (Senkung der Ausgaben, mehr Personen in Arbeit zu vermitteln und Langzeitkunden im Bestand weiter zu verringern). Dank der guten Haushaltsplanung hatte man 2014 und voraussichtlich hat man auch für 2015 ausreichend Mittel für eine Qualifizierung zur Verfügung, sodass man der Kundschaft auch etwas anbieten kann.  
Grundsätzlich gibt es drei große geschäftspolitische Ziele, die durch die Bundesministerien geplant werden.

**OR Özçay (B 90/Die Grünen)** fragt, warum es eine zweite Chance nur für 25- bis 30-jährige gibt. Sie führt aus, dass es auch 35-jährige gibt, die keinen Berufsabschluss haben und sich daran beteiligen wollten.

5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014

Protokoll zu

TOP 2:           Abteilungsbericht Jobcenter

Blatt 2

---

Weiter spricht sie die Sprachkurse an, die von Migranten besucht werden und fragt, ob die Sprachkurse beendet werden. Ist es dem Jobcenter wichtig, dass die angebotenen Sprachkurse auch besucht und nach Abschluss beendet werden. **Ja.**

Weiter fragt sie, wie das Jobcenter mit Jugendlichen umgeht, die nicht gewillt sind, Sprachkurse zu besuchen.

**Herr Hillengaß (Jobcenter):** Im Jobcenter bleibt niemand außen vor, d. h. auch die, die über 35 Jahre alt sind, werden vom Jobcenter entsprechend gefördert und bei jedem, bei dem es erforderlich ist bzw. zielführend wirkt, wird versucht, einen Abschluss zu erreichen. Das Bundesprogramm kommt vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dieses spezielle Programm richtet sich nur an den genannten Personenkreis, um bei den jüngeren Erwachsenen noch einen Berufsabschluss zu kreieren.

Zu der Frage, wie das Jobcenter mit Jugendlichen umgeht, die nicht gewillt sind, Sprachkurse zu besuchen, führt er aus, dass es durchaus schwierige Fälle gibt. Das Jobcenter kann die Jugendlichen verpflichten, an einem Migrationskurs teilzunehmen und im Umkehrschluss, wenn sie das nicht tun, auch leistungsrechtlich zu sanktionieren.

**OR Dr. Fink-Sonntag (FDP)** verweist auf Kurse bei der IHK, wo Jugendliche, die durch ihr Verhalten keine Ausbildung beginnen, besuchen können. Sie fragt, wie hier die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter aussieht.

**Herr Hillengaß (Jobcenter):** Das Jobcenter hat eine ganze Reihe von freien Bildungsträgern, mit denen zusammengearbeitet wird. Es gibt auch eine ganze Reihe von speziellen Maßnahmen für die unter 25-jährigen.

**OR Dr. Wagner (B 90/Die Grünen)** fragt, ob beobachtet wird, wie nachhaltig die Integrationen sind.

**Herr Hillengaß (Jobcenter):** Hierzu gibt es Zahlen. Es gibt auch Kennwerte dazu, wie nachhaltig die Integrationen sind. Konkret kann er die Zahlen jedoch nicht nennen, sagt aber zu, die Zahlen nachzureichen. Allerdings könne er die Zahlen nicht auf Durlach unterbrechen. Er könne aber sagen, dass ungefähr die Hälfte längerfristig Arbeit findet.

**OR Özçay (B 90/Die Grünen)** fragt, warum es Migranten gibt, die keinen Sprachkurs bezahlt bekommen.

**Herr Hillengaß (Jobcenter):** Das Jobcenter entscheidet nicht, wer einen Sprach- bzw. Integrationskurs besucht oder nicht. Dies entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Und seines Wissens hat jeder einen Anspruch auf einen Integrationskurs, der hier in die Bundesrepublik einreist. Und es kommt immer darauf an, mit welchen Trägern des Bundesamt zusammengearbeitet. Derzeit ist es der Arbeitskreis für Aus- und

5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014

Protokoll zu

TOP 2:       Abteilungsbericht Jobcenter

Blatt 3

---

Weiterbildung in Karlsruhe.

**Die Vorsitzende** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Sie bedankt sich bei Herrn Hillengaß für den Vortrag.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014**

**Protokoll zu**

**TOP 5: Zusammenarbeit Grundschulen mit Sportvereinen**

Anfrage der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 10.10.14

---

**Die Vorsitzende** (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 5 auf und fragt, ob es hierzu Zusatzfragen gibt.

**OR Dr. Fink-Sontag (FDP)** fragt, ob es im Bewusstsein ist, dass es das neue Rahmenprogramm (Rahmenvereinbarung des Kultusministeriums) auch noch gibt.

**Die Vorsitzende:** Von städtischer Seite gibt es schon seit vielen Jahren diese Kooperationen.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014**

**Protokoll zu**

**TOP 6: Förderung von Kindern aus dem Bildungs- und Teilhabepaket**

Anfrage der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 10.10.14

**hierzu**

**Vergabepaxis Gelder des Bildungs- und Teilhabepakets**

Anfrage der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am 27.10.14

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende** (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 6 auf und fragt, ob es hierzu Zusatzfragen gibt.

**OR Pötzsche (B 90/Die Grünen)** stellt folgende Zusatzfragen zu seiner Anfrage. Fakt ist, dass hier einiges im Argen liegt und dass der Gemeinderatsbeschluss vom 13.12.2011 nicht umgesetzt wurde.

- Wie viele Mitarbeiter hat das Team für Bildung und Teilhabe in Karlsruhe aktuell? Im Gemeinderatsbeschluss wird eine Zahl von 8 Mitarbeitern genannt, die angestrebt wird.
- In der Beantwortung der Anfrage wird dargelegt, dass die zu bearbeitenden Fallzahlen von 2012 zu 2013 deutlich gestiegen sind. Inzwischen haben wir 2014. Deshalb stellt sich die Frage, wann die angespannte Personalsituation, die in der Anfrage aufgeführt wird, mit dem Personal- und Organisationsamt angesprochen wurde.
- Die Zeiträume der Antragsbewilligung haben sich geändert. Dies wird in der Stellungnahme zwar bestritten. Deshalb fragt er sich, warum dann vermehrt dreimonatige Bewilligungszeiträume, statt den gesetzlich geregelten sechsmonatigen Bewilligungszeiträume erteilt werden. Vor allem in Anbetracht dessen, dass viele Antragsteller in Strukturen leben, welche sich leider innerhalb kurzer Zeit nicht unbedingt verändern werden und ausgesagt wird, dass man sowieso so viel zu tun hat. Warum macht man so etwas?
- Es wird aufgeführt, dass das Amt die Möglichkeit hat, in begründeten Fällen, den Bewilligungszeitraum von 6 auf 3 Monate zu reduzieren. Welche Gründe gibt es hierzu?
- Weiter fragt er, wie sinnhaft der Verwaltung es erscheint, wenn 3 Monate Bewilligungen 4 Wochen nach Beginn der Maßnahme bei den Antragstellern eintreffen, sodass es nur noch 2 Monate Bewilligungszeiträume sind und die Antragsteller einen erneuten Antrag stellen müssen.
- Bildungsträger müssen in größeren Summen in Vorleistung treten, weil die Verwaltung die Gelder nicht ausbezahlt. Gab es hierzu schon Beschwerden, die bei der Verwaltung eingegangen sind und wie geht die Verwaltung damit um?
- Hat das Amt sich schon einmal überlegt, eine Abfrage zu machen, ob denn tatsächlich die beschriebene enge Kommunikation zwischen Schulen und Kooperationspartner tatsächlich so eng ist. Er hat den Eindruck, dass dies unterschiedlich wahrgenommen wird, weil von den Beteiligten eine andere Kommunikationsform geschildert wird, die nicht eng und zeitnah erfolgt.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014**

**Protokoll zu**

**TOP 6: Förderung von Kindern aus dem Bildungs- und Teilhabepaket**

Anfrage der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 10.10.14

**hierzu**

**Vergabepaxis Gelder des Bildungs- und Teilhabepakets**

Anfrage der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am 27.10.14

**Blatt 2**

---

**Die Vorsitzende** hält eine Bewilligungsdauer zwischen 10 und 12 Wochen für zu lange, weil es hier um Dinge geht, die unmittelbar gebraucht werden und es häufig keine alternative Finanzierung gibt, wenn nicht irgendjemand in Vorleistung geht. Sie weist aber auch darauf hin, dass für den einen oder anderen Fall es in Durlach den *Durlacher Schulfonds* und den Verein *Durlacher Selbst e. V.* gibt und dafür vermehrt in den Durlacher Schulen geworben werden soll, um unbürokratisch und schnell Gelder zur Verfügung zu stellen.

Sie sagt zu, die Fragen weiterzugeben und darum zu bitten, dass sie umfangreicher beantwortet werden.

**OR Henkel (CDU)** fragt, ob es möglich ist, wenn diese dauerhaft angespannte Situation der Sozial- und Jugendbehörde – Jobcenter, die auch in ihrer Stellungnahme auf Durlach verweisen, dafür aber in Durlach keine Stelle ist, eine Teilzeitstelle beim Jobcenter in Durlach einzurichten.

**OR Dr. Fink-Sontag (FDP):** 2013 war der Anteil derjenigen, die die Förderung in Anspruch genommen haben, 50 % von denen, die einen Anspruch haben. Sie fragt, ob dies in Durlach auch so war und wie es jetzt aussieht.

Weiter verweist sie auf das Frankfurter Modell, welches den Antragstellern erleichtert, diese Anträge zu stellen. Gibt es dazu Erfahrungen? Und ist dieses Modell für Karlsruhe auch denkbar?

**Die Vorsitzende** stellt auf Grund der Fragen fest, dass hierüber nochmals diskutiert werden muss. Deshalb schlägt sie vor, dieses Thema nochmals auf die Tagesordnung zu nehmen, sobald die Fragen beantwortet sind und aus dem Fachbereich dazu einladen.

**Der Vorschlag wird angenommen.**

5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014

Protokoll zu

TOP 7:

Mitteilungen des Stadtamtes Durlach

---

**Die Vorsitzende** (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 7 auf und teilt mit, dass

- die Pressemitteilung für die Flächenermittlung für die gesplittete Abwassergebühr in Vorbereitung ist. Das Tiefbauamt dem Wunsch der Klassifizierung allerdings nicht nachkommen wird.
- eine Überprüfung der Straßenbeleuchtung in der Willmar-Schwabe-Straße (Anfrage von OR Mächtlinger) ergab, dass die vorhandene Beleuchtungsanlage zum Zeitpunkt der Errichtung in ihrer Ausführung die Vorgaben der DIN erfüllt. Die Leuchtentypen entsprechen dem technischen Standard für Straßenbeleuchtungsanlagen in Karlsruhe und finden in dieser Form mehrfach Anwendung in anderen Wohngebieten.  
Die Beleuchtungsanlagen werden turnusgemäß gereinigt. Um kurzfristig hier eine Verbesserung der Ausleuchtung zu erreichen, kann eine Reinigung der Leuchtengläser vorgezogen werden.

- das angedachte Teilstück – Verbindung Radweg Durlacher Allee zur Johann-Strauß-Straße nicht beleuchtet ist (Anfrage OR Holstein). Eine alternative Radwegverbindung ist in der Nähe nicht vorhanden. Eine Beleuchtung dieses Teilstücks wäre mit vertretbarem Aufwand möglich. Zur Beleuchtung wären 3 Masten/LED-Leuchten einschließlich der Verkabelung notwendig. Allerdings finden im direkten Umfeld Planungsprozesse statt – dm-Areal, Umbau der Haltestelle Untermühlsiedlung, Veränderung der Verkehrsführung von der Autobahn auf die Durlacher Allee. Da auch Änderungen in der Radwegführung im Rahmen dieser Planungsprozesse möglich sind, sollte zunächst das Ergebnis der Planung abgewartet werden.

**Dem Grunde nach wird zugestimmt. Das Stadamt wird sich dieses Thema nochmals auf Wiedervorlage legen.**

- das Amt für Umwelt und Arbeitsschutz mitteilt, dass das Tiefbauamt schon dabei ist, die Gräben an wichtigen Stellen aufzuweiten, sodass mit einer besseren Wasserverteilung und mehr offenen Wasserflächen zu rechnen ist. Das ist positiv für die Amphibien. Durch die Maßnahmen des Tiefbauamtes ist es auch besser möglich, den Fischbestand zu erfassen. Das hat der Umwelt und Arbeitsschutz 2015 vor. Sollte der Bestand an Fischen, die die Eier und Jungtiere von Amphibien fressen, zu groß sein, soll er reduziert werden. Daneben muss verfolgt werden, ob sich der Amphibienbestand erholt.
- die Bäderbetriebe die Frage von OR Dr. Puzicha-Martz beantwortet habe. So sind 206 Saisonkarten (Erwachsene), 50 Saisonkarten (Ermäßigte) und 14 Saisonkarten (Familien) verkauft worden.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014**

**Protokoll zu**

**TOP 8:**

**Mündliche Anfragen**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende** (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 8 und bittet um Wortmeldungen.

**OR Malisius (FDP)** weist darauf hin, dass seine Fraktion bereits mehrfach für eine Bürgerfragestunde vor jeder Ortschaftsratssitzung plädierte. Nachdem Bürgerfragestunden nur selten stattfinden, habe ihn ein Bewohner des Durlacher Rings angerufen und ihn gebeten, Folgendes vorzubringen:

Im Durlacher Ring gibt es zwei Anwohnerparkzonen (J1 und J2). Und dieser Bürger hat den Ausweis J2. Und es komme öfters vor, dass er in der Parkzone J2 keinen Parkplatz findet, seine Kurven dreht und schließlich in der Parkzone J1 parkt. Und dann erhält er einen Strafzettel. Und deshalb fragt dieser Bürger, ob man nicht diese beiden Parkzonen zusammenlegen kann.

**Die Vorsitzende** führt aus, dass dieser Bürger auch sie telefonisch darüber informierte. Und deshalb habe sie bereits veranlasst, die Frage vom Ordnungs- und Bürgeramt prüfen zu lassen.

**OR Stutz (FW)** fragt, wie lange die provisorischen Treppenhäuser im Außenbereich der Schlossschule angebracht sein werden bzw. wie kann man hier eine attraktivere und anschaulichere Lösung finden.

**Die Vorsitzende** lässt die Frage, ob es andere Lösungen gibt und wie lange die Provisorien angebracht bleiben, klären. Die Alternative zur Anbringung der jetzt angebrachten Provisorien wäre die Schließung der kompletten Schule gewesen. Deshalb wurde hier keine ästhetische Planung gefertigt.

**OR Dr. Rausch (SPD):** Im Zusammenhang mit der Baumaßnahme ehemaliges Markgrafenbad wurde durch die Errichtung im rückwärtigen Bereich, dort wo die Parkplätze sind, mindestens ein Baum gefällt. Ob entsprechende Genehmigungen erteilt worden sind, ist ihm nicht bekannt. Er fragt, ob Maßnahmen in die Wege geleitet wurden, dass hier eine Ersatzpflanzung vorgenommen wird. Am Parkplatz wurde ein entsprechendes Mulchfeld ausgespart. Macht dies die Stadtverwaltung oder der Bauträger?

**Die Vorsitzende** lässt die Frage beantworten.

**OR Kehrlé (CDU)** fragt, ob die Baustellenfirma, die derzeit an der Straßenbahnhaltestelle Schlossplatz ein Gebäude baut, entgegen Einbahnstraße und Fußgängerzone irgendwelche expliziten erweiterte Durchfahrtsberechtigungen hat. Denn die Betonmischer fahren durch die Fußgängerzone mit mind. 60 km/h.

5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014

Protokoll zu

TOP 8:

Mündliche Anfragen

Blatt 2

---

**Die Vorsitzende** lässt die Frage beantworten.

**OR Müller (CDU)** spricht die Parksituation Westmarkstraße an. Dort wurde eine Ausweichstelle geschaffen (zwischen Stegwiesen- und Ostmarkstraße), die recht sinnvoll ist, allerdings wenig praktikabel, weil sie zur späteren Nachmittagsstunde nicht mehr vorhanden ist, da sie zugeparkt ist. Auch der Kreuzungsbereich Westmark-/ Stegwiesenstraße ist ständig zugeparkt.

**Die Vorsitzende** sagt zu, den Gemeindlichen Vollzugsdienst zu beauftragen, sich der Sache anzunehmen.

**OR Dr. Fink-Sontag (FDP)** fragt, wann die Ersatztiere für den Marktbrunnen angebracht werden.

**Die Vorsitzende** lässt die Frage beantworten.

**OR Holstein (SPD)** nimmt nochmals Bezug auf die Ausführungen von Frau Haug bzgl. des Abbaus der SOS-Notrufsäule im Bereich des Bahnhofs Durlach und möchte wissen, aus welchem Grund diese abgebaut wurde. Sie bittet darum, hier Ersatzmaßnahmen zu treffen, um ein Sicherheitsgefühl zu geben. Weiter führt sie aus, dass der Spiegel in der Unterführung defekt sei. Sie bittet, hier einen neuen Spiegel anbringen zu lassen.

**Die Vorsitzende** empfiehlt OR Holstein hinsichtlich des defekten Spiegels, sich telefonisch beim Stadtamt Durlach zu melden, um schnell reagieren zu können und an die zuständigen Stellen weiterzugeben.

Zu den Notrufsäulen führt sie aus, dass die Stadt Karlsruhe, sollte es sich hier um Björn-Steiger-Notrufsäulen handeln, sehr begrenzt Einfluss hat.

**OR Malisius (FDP)** führt aus, dass seine Fraktion bereits vor 4 oder 5 Jahren beantragte, im Weiherhof Seniorensportgeräte aufzustellen. Dies wurde abgelehnt, allerdings sollten anstelle solcher Seniorensportgeräte Osteoporosegeräte aufgestellt werden. Er muss leider feststellen, dass diese Geräte noch immer nicht angebracht wurden. Er möchte wissen, warum dies so lange dauert.

**Die Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Osteoporosegerät bereits vor 1 bis 2 Jahren angebracht wurde.

5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12.11.2014

Protokoll zu

TOP 8: Mündliche Anfragen

Blatt 3

---

**Die Vorsitzende** stellt keine Wortmeldungen mehr fest. Sie schließt den öffentlichen Teil der Sitzung gegen 18:58 Uhr.